

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 55 Pfg. für die 6 gespaltene Beitzelle. Der Beitrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 52

Sonntag, den 24. Dezember

1916

Frieden!

Da jammert und betet die Menschheit schon einige Jahrtausende nach Frieden und sehnt sich nach einem Kulturzustand, der jedem ein größeres Wohlgefallen verbürgt; unzählige Kräfte haben mit aller Aufopferung für ein höheres Menschentum gewirkt und gestritten, doch niemals war der Friede so fern wie jetzt und es scheint fast, als wäre er unerreichbar und würde nicht einmal wiederkehren in jener Gestalt, wie wir ihn vor dem ungeheuren Kriege kannten. Von Wohlgefallen keine Spur, es sei denn bei denen, die zum Abschaum der Menschheit gehören, die den Krieg noch schrecklicher machen durch ihre Gaunerei, die ihren Geldsack füllen auf Kosten von Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen. Gibt es denn keine Möglichkeit, der Welt zunächst einmal den Frieden zu schaffen, der dem Blutbad Einhalt gebietet? Hat sich alles so verrannt, daß aus dem Wirrsal nicht mehr herauszukommen ist? Alles was uns höher steht, muß es der Vernichtung unterliegen? Hat die Menschlichkeit keine Stimme mehr? Sprechen Mord, Brand und alle Schauer des Krieges ihre gellende Sprache immer und ewig? Statt Frieden und Wohlgefallen faßt der Menschheit ganzer Jammer uns mit entsetzlichem, wahnsinnigem Grinsen an. Hier schreit einer laut zum Himmel nach Frieden und Wohlgefallen, dort sitzt einer in dumpfer Resignation, sein letztes bißchen Hoffnung legt ein dritter auf einen Stern, der am 12. Dezember ausleuchtete. Und so sieht es bei allen Menschen aus, die den Krieg nicht dazu nutzen, ihr persönliches Süppchen zu kochen. Die letzteren sind die schäblichsten Kreaturen in der Welt.

Der dritte Winter, das dritte Weihnachtsfest im Kreise Millionen Kinder sehnen den Vater herbeihüben und drüben! Millionen Kinder kehrt er nimmer wieder, hüben und drüben! Menschheit, schüttelt es dich nicht in furchtbarem Grausen, wenn die Millionen Kinder, Frauen, Mütter und Väter, Brüder und Schwestern und Freunde nach ihren Lieben rufen, deren Gebeine auf den unzähligen Schlachtfeldern bleichen? Weihnachtsfest? Friede auf Erden? Wohlgefallen? Ach, es klingt ja häßlicher als der brutale Hohn! Wer hat denn heute keinen draußen und bangt nicht um ihn? Wer hat nicht einen seiner Allernächsten für immer hingeben müssen? Betreten ist auch die Seele manches Zurückgebliebenen, die Hoffnung ruht bei den Toten im Feld, Friede auf Erden? Wohlgefallen? Ja, ja, die Glocken läuten, feierlich senkt sich der Weihnachtsabend über Stadt und Land. Aber das Läuten ist ein wehmütiges Sterbegeläut, die Weihnachtsfeier eine Totenfeier.

Hat es einen Zweck, zu fragen: Wann Menschheit, wann gedankst du deine Erlösung zu feiern? Wann wußt du das Werk der Erlösung ernsthaft beginnen? Es hat keinen Zweck. Wie war es doch schön, als wir einst in jungen Jahren, den Kinderschuhen eben entwachsen, von einem neuen Reich träumten, das bald kommen müsse, uns allen den ewigen Frieden und Sonne und Wohlgefallen zu bringen. Ein seliger Traum! Er war die Nachwirkung von den Weihnachtsräumen und der glücklichen Feiersstimmung um die Zeit der Winterjonnwendende.

Die Menschheit ist ihr eigener Herr! So sagt man Mag auch richtig sein. Vorläufig hilft ihr das aber nicht. Ihr Sehnen, ihr Wille zum Frieden ist so unendlich stark und groß und dennoch kann sie den Krieg nicht bannen. Wie ist das möglich! Tausend und Abertausend Interessen streben gegeneinander und können sich nicht treffen auf dem Wege zum Frieden. Der Menschlichkeitsgedanke ist ein Problem, dessen Lösung noch auf lange unmöglich scheint. Unergründlich ist, was kommen wird, aber jetzt, jetzt leben wir nur in dem einzigen, unendlich starkem Wunsche nach Frieden. Unser Sinnen und Fühlen kennt kein besseres Verlangen. Jahrzehnte werden ohnehin vergehen, ehe der Aufbau dessen vollzogen, was Pulver und Eisen vernichtet, die Toten aber werden nimmermehr ins Leben zurückgerufen.

Politik und Menschlichkeit sind heutzutage Dinge, die leider nicht übereinstimmen. Was politisch notwendig ist, ist nicht immer menschlich, sonst hätte es diesen Krieg gewiß nicht gegeben. Aber kann und muß es nicht dazu kommen, daß das Höchste regiert? Kann es nicht dazu kommen, daß die Politik sich den Gesetzen der Menschlichkeit unterordnet? Wer den Krieg politisch auch zu erklären vermag, wer sein Kommen aus dem Getriebe der Weltwirtschaft heraus begreifen kann, vom Menschlichkeitsstandpunkt aus ist er unfassbar und wird es immer bleiben. Oder mußte erst eine tiefe Nacht kommen, damit der Stern der Menschlichkeit leuchten kann? Das war nicht nötig. Die Menschheit hat der

Welken genug durchgemacht, es war auch ohne diesen Krieg kein Friede auf Erden und viele Menschen hatten kein Wohlgefallen, so daß die Sehnsucht, aus dunklen Tiefen in sonnige Höhen zu kommen, groß genug hätte sein können, den ungeheurnen Aufstieg zu wagen. Dürfen wir glauben, daß aus diesem Blutbad, aus all dem jammervollen Glend dieses Krieges die Menschheit gereinigt und geläutert emporsteigt? Das wäre wenigstens ein leiser Trost in all dem Unglück. Gewiß, die Menschheit ist vorwärts, ist höher gekommen, aber das Schlimmste hat sie noch lange nicht überwunden, wird es auch leider so bald noch nicht überwinden. Nicht nur der goldene Jugendtraum ist mit der reiferen Erkenntnis zerronnen, auch die ernste Hoffnung des fleißigen Mannes am Nebstuhl der Zeit ist arg zerknittert. Die Befehle der Politik und des öffentlichen Lebens sind noch barbarisch und nicht zugeschnitten auf die schöne Moral und das beglückende Empfinden höchster Menschlichkeit.

Und doch! Und doch! So tief die Nacht auch ist die uns umgibt, so schmerzvoll unsere Seufzer auch sind, können wir als Menschen an der Menschlichkeit verzweifeln? Dürfen wir es um unserer selbst willen?

Es ist ein Kopf entsprungen
Aus einer Wurzel dort,

Und hat ein Blümleinbracht
Mitten im kalten Winter

Mitten im kalten Winter, in dunkelster Nacht, im wüsten Kriegesgeiste ist das Pflänzchen Hoffnung nicht ganz verkommen, es lebt in uns in tiefster Brust, und so zart und fein die Wurzeln auch sein mögen zurzeit, sie warten auf den warmen Strahl des Friedens. Aus ihnen wird entspringen die vornehm duftende Rose, das Verlangen, aber auch das Streben nach Menschlichkeit. Ja, sie ist bereits entsprungen. Ist nicht unser starker Wille zum Frieden, unsere Arbeit für denselben, geboren aus dem Drange, der Menschlichkeit zu dienen? Ist es uns nicht heute schon tiefinnerstes Bedürfnis, die Wunden zu heilen, aufzubauen, was der Krieg vernichtet, zu schützen, was er noch zu zerstören droht? Seltsam, daß in der Menschen Brust zwei Seelen wohnen, die nicht zueinander passen. Während die eine zerstören und niederreißen will und dafür die Kraft der ganzen Welt in ihren Bann zu ziehen sucht, will die andere aufbauen und heilen. Wird die bessere Seele nicht den Sieg davontragen? Der Glaube ist zu schön, als daß wir ihm heute keinen bedingungslos anhängen müßten. Erst wenn die Menschheit in alle Ewigkeit und Drogen eingezogen wird die Menschheit Herr über sich sein. Das Gute vollbringen und das Böse haßen und vernichten! Dann erst wird Frieden und Wohlgefallen sein auf Erden. Das zu erstreben geloben wir uns heute erst recht, da die Geißel des furchterlichsten aller Kriege erzwungungslos auf uns niederjauch.

Unterlassungssünden.

Wenn je die Unzulänglichkeit staatlicher Ueberlicht über die Gesamtproduktion unseres Reiches stark hervorgetreten ist, so jetzt, wo hinsichtlich der Ausführung des Hilfsdienstgesetzes die Organisation der Arbeit zu Kriegszwecken den dazu eingelegten Nennern viel Schwierigkeiten bereitet. Jetzt zeigt sich der Mangel einer umfassenden Produktionsstatistik, die man in Friedenszeiten trotz dringender Anregungen verfaßte.

Es waren vorzugsweise die Gewerkschaften und ihre Organe, die oftmals den Mangel bedauerten und rügten. Für sie kam es darauf an, die wilde Spekulationswirtschaft ziffernmäßig aufzudecken und durch fortlaufende Feststellungen aller Unternehmungen und ihrer Erzeugnisse eine Kontrolle zu schaffen, die regelnd auf die Gesamtproduktion einwirkte. Nicht nur für die Arbeitsverhältnisse hätte das hohen Wert, auch für die Hebung der Gesamtwirtschaft ist eine statistische Kontrolle unerlässlich.

Die Spekulationskämpfe der sich gegenseitig abwürgenden Konkurrenz wären durch sie zu dämpfen. Das Mißverhältnis in der Arbeits- und Arbeiterverteilung könnte namhaft eingeschränkt werden. Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital wären gründlicher zu erkennen und auf ihre Berechtigung zu prüfen, und könnten sicher eher manichmal verhütet werden. Die Arbeitsverhältnisse ließen sich im allgemeinen leichter gegeneinander abwägen, so daß ein besserer Ausgleich bei der Regelung zu erzielen wäre.

Vor allem ist nicht zu verkennen, daß eine durchgreifende Produktionsstatistik die Gesetzgebung den besten Aufschluß zur Ergründung gesetzgeberischer Maßnahmen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art geben würde. Eine bessere Sozialpolitik müßte die Folge besserer Erkenntnis

des Produktionsprozesses sein. Die Vorteile einer Produktionsstatistik sind jedoch mit diesen Hinweisen noch nicht erschöpft. Und wie das alles einer gemeinsamen Wirtschaft unter Teilnahme aller arbeitsfähigen Kräfte zum Wohle der Gesamtheit vorarbeiten würde, läßt sich nur andeutungsweise schildern.

Aber nur auf den gegenwärtigen Fall bezogen, muß das Fehlen einer Produktionsstatistik sehr ins Auge fallen. Dem neuen Kriegssamt würde die Arbeit sehr erleichtert. Jetzt muß es sich mit allen Hilfsmitteln erst einen Ueberblick über die Produktionsstätten schaffen, aus denen es Arbeiter für seine Zwecke herausziehen will. Darum ist es auch erklärlich, daß man der freiwilligen Anwerbung von Arbeitern mit Zuhilfenahme ihrer Organisationen gar nicht so abhold ist. Bei ungenügender Ueberlicht werden Zwangsmaßnahmen oft daneben greifen und an allen Seiten anstoßen. Zur Arbeitsfreudigkeit tragen verfehlte oder unpraktische Zwangsmaßnahmen nicht bei. Man wird daher den Mangel an guten Unterlagen für alle geplanten Maßnahmen sehr mißliebig empfinden. Und was nun in der Eile durch Erhebungen zusammengetragen wird, ist Stückwerk, das die Organisationsarbeit für das Hilfsdienstgesetz nicht leicht macht. Aus der Praxis werden wir bald die entsprechenden Befehle dafür bekommen.

Schon einmal haben wir in der Kriegszeit auf den wirtschaftspolitischen Defekt hingewiesen, der aus dem Fehlen einer Produktionsstatistik entstanden ist. Er zeigt sich auch in der Ernährungsfrage. Man fährt in Bezug auf die Lebensmittelproduktion im Kriegsernährungssamt heute noch mit der Stange im Nebel herum. Ueber die Kartoffelernte sind bis jetzt noch keine unanfechtbaren Ziffern angegeben worden. Sowohl über die Vorräte, wie über den Verbrauch ist alles im Unklaren, alles beruht auf Schätzungen. Natürlich müßte auch für die Lebensmittelindustrie eine sichere statistische Unterlage vorhanden sein. Dazu kommt selbstverständlich die Notwendigkeit über den Gesamtverbrauch der Nation ebenso klare Ueberlicht zu schaffen, wie über die Produktion, die dann leichter nach dem Verbrauch sich richten und geregelt werden kann. Davon spüren wir bei den Maßnahmen des Kriegsernährungssamts nichts.

Ob nun das Kriegssamt in anderer und besserer Weise die Schwierigkeiten beheben wird, nachdem die Erfahrungen mit dem Kriegsernährungssamt zu einer gründlichen Methode drängen, wird sich bald zeigen. Sobald das Kriegssamt von den Zwangsmaßnahmen Gebrauch macht, die das Hilfsdienstgesetz zuläßt, erwächst ihm z. B. auch die Pflicht, für die Arbeitsfähigkeit der requirierten Arbeiter durch gute Ernährung zu sorgen. Dann wird es entsprechende Forderungen an das Kriegsernährungssamt zu stellen haben. Das Loch im System wird sich dann wohl unliebsam bemerkbar machen. Es könnte höchstens mit einem Erlaß im Sinne des Hindenburg-Appells übersprungen werden. Für die Allgemeinheit würde jedoch dadurch die Lage nicht gebessert.

So rächen sich die Unterlassungen früherer Jahre. Ob die Erfahrungen aus der Kriegszeit dazu beitragen werden, künftig bald das Verfaßte nachzuholen, ist bei der Verwirrung, die der Krieg auf allen Gebieten, auch dem wirtschaftlichen, hervorgerufen hat, nicht sehr wahrscheinlich. Ohne Zweifel könnte aber eine gute Produktions- und Verbrauchsstatistik viel dazu beitragen, die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege leichter einzurenken. Bleibt alles wieder der Privatwirtschaft überlassen wie vor dem Kriege, nun, dann werden wir in der alten Klemme bleiben und neue Verlegenheiten zu tragen gezwungen, die uns der Krieg in reichem Maße bereitet hat.

Sozialpolitische Vorbereitungen.

Die „Gesellschaft für soziale Reform“ hat kürzlich in einer Ausschußsitzung über die Neuordnung des Koalitionsrechts und die künftigen Aufgaben der Sozialpolitik nach dem Kriegsschluß beraten. Als Ergebnis der Beratung wird mitgeteilt, die Gesellschaft werde über „das Recht der Organisationen im neuen Deutschland“ vier kleine Schriften herausgeben. Außerdem wird sie eine Veröffentlichung über die Heimarbeit im Kriege zusammen mit dem Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte veranstalten. Im Frühjahr 1917 will sie aber dann in ihrer Hauptversammlung die Aufgaben der Sozialpolitik nach dem Kriege auf Grund der Kriegserfahrungen erörtern.

Dielem Vorhaben wird die organisierte Arbeiterschaft das nötige Interesse und die gebührende Aufmerksamkeit entgegenbringen. Es trifft sich gut, daß der Zeitpunkt dieser Ankündigungen mit dem ersten Versuch, dem Kriege eine Ende zu machen und Frieden zu stiften, zusammen-

trifft. In der organisierten Arbeiterschaft ist man schon der Meinung, mit der Neuordnung der Sozialpolitik müsse sofort nach dem Kriege begonnen werden. Von der Gestaltung der Arbeiterverhältnisse hängt es mit ab, wie die allgemeinen wirtschaftlichen Zustände nach dem Kriege ausgerichtet werden.

Die Arbeiter haben so viel gelitten während des ungeliebten Krieges, daß zuerst an die Herstellung und Stärkung ihrer Lebenskraft resp. ihrer Arbeitskraft herangegangen werden muß. Wenn sie den Ansprüchen an ihre Arbeitsleistung folgen können. Denn darin sind sich wohl alle Kreise einig, daß die Wiederherstellung aller wirtschaftlichen Beziehungen nur mit der Drangabe der vollen Arbeitskraft sich bewerkstelligen läßt. Zur Erzielung der vollen Arbeitskraft ist aber nach der langen Zeit der Unterernährung viel nachzuholen.

Die für sozialpolitische Neuaufgaben nötigen Erfahrungen werden durch diejenigen, die demnächst mit dem Hilfsdienstgesetz gemacht werden, ergänzt werden. einerlei, wie und wie lange das Hilfsdienstgesetz zur Anwendung kommt Dinge es nach unseren Wünschen, dann sollte der angebotene Friedensweg zu einer baldigen Beendigung des Völkermordens führen, so daß das Hilfsdienstgesetz gar nicht erst zur Entfaltung der Zwangswirtschaft führte, die damit beabsichtigt ist. Doch müssen wir die Entwicklung der Friedensgespräche abwarten, die noch längerer Vorbereitung bedürfen werden, als die zum Kriege, da der Krieg Unsummen von Haß, Verbitterung, Verwirrung und anderer Uebel hervorgerufen hat. Sie zu bewältigen, um endlich zum Frieden zu gelangen, bedarf es größerer Objektivität und Ruhe, bei der der Vorstand überwiegt, als jetzt aus allen Äußerungen über das Friedensangebot der Regierungen der Mittelmächte zu entnehmen ist.

Wie wir bereits früher betonten, wird bei Friedensverhandlungen die Rücksichtnahme auf die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft die hervorragendste Rolle spielen. Von der wirtschaftlichen Weiterentwicklung wird jedoch die innerpolitische beeinflusst. Nach unserer Ansicht müßte die Sozialpolitik das Hauptressort der inneren Politik bilden. Es ist daher erklärlich, wie aus diesen Gründen die Arbeiterschaft das größte Interesse an den künftigen friedlichen Beziehungen der jetzt noch gegeneinander kämpfenden Staaten hat und während der Friedensverhandlungen mit ihren Wünschen und Forderungen nicht zurückhalten wird.

Theoretische Erörterungen, wie sie die Gesellschaft für soziale Reform plant, sind gewiß nicht überflüssig und sehr zu begrüßen, aber die Arbeiter werden sofort auf dem Plan erscheinen müssen, wenn die Friedensverhandlungen beginnen, um ihrerseits die wirtschaftliche Neuordnung und alles, was mit ihr zusammenhängt, vorbereiten zu helfen. Nichts darf von ihnen versäumt werden, durch ihren Einfluß der künftigen Wirtschaftsordnung, die immer noch kapitalistischer Natur sein wird, ein Gepräge zu geben, das eine arbeitervereinigere Seite aufweist, als vordem. Gelänge das, wäre für den wirtschaftlichen Neuaufschwung viel gewonnen. Aber auch die Entwicklung der Arbeiterbewegung hätte davon den heilsamsten Fortschritt zu erwarten. Alle sozialreformerischen Kreise müßten sich dafür ins Zeug legen, denn es gibt viel weisere zu räumen, was der Krieg an sozialpolitischem Unrat aufgehäuft hat, und vieles neu zu schaffen, das auf anderer, besserer Basis ruhen muß als vor dem Kriege.

Nun hat zwar die Gesellschaft für soziale Reform die obigen Pläne gefaßt, ehe der erste Anstoß zur Friedensvorbereitung erfolgte. Aber, wenn sie ihre Pläne wirksam durchführen will, wird sie sich nun veranlaßt sehen müssen, ebenfalls weiter zu gehen und Vorbereitungen für ihre Stellung resp. für ihr Eingreifen bei den Friedensverhandlungen zu treffen. Denn es ist doch wohl nicht anzunehmen, daß sie ruhig zusehen werde, wenn bei Friedensunterhandlungen sich Vorgänge zeigen, die ihren sozialpolitischen Plänen noch größere Schwierigkeiten machen, als sie schon glaubt, überwinden zu müssen.

Sozialpolitische Vorbereitungen bleiben nicht unberührt von Friedensvorbereitungen und dem Friedensabschluß.

Ans Werk!

Die letzten Erfolge in der Mitgliederzunahme beweisen, daß besonders in der Gegend, wo wir über eine starke Organisation verfügen, die meisten Aufnahmen für den Verband zu verzeichnen sind. Diese Erscheinung ist für jeden Kenner der Organisationsverhältnisse leicht erklärlich, denn je stärker der Verband am Ort, um so größer die Zahl der geschulten Kräfte, um so tiefer die Erkenntnis, daß es nötig ist, den Verband zu stärken und auszubauen. Das Pflichtbewußtsein, der Organisation treu zu bleiben, wird bei den neugewonnenen Mitgliedern durch dauernden Umgang mit aufgeklärten Arbeitern geweckt. Dort, wo es an solchen Umgang mangelt, bemüht sich das neue Mitglied schwer auf die Pflicht. Denn der Hauptwert liegt nicht nur in der Gewinnung von neuen Mitgliedern, sondern vor allem in der Erhaltung derselben. Die Begleiterscheinungen der Agitation sind in Orten mit schwacher Organisation und ländlicher Bevölkerung ganz andere als in Orten mit guter Organisation und städtischer Bevölkerung. Es sei nur hier eine kleine Schilderung von solch einem ländlichen Bezirk gegeben.

Schon in jedem Betriebe sind einige Organisierte, die man als überzeugte Anhänger unseres Verbandes bezeichnen kann und welche immer redlich bemüht sind, neue Anhänger zu gewinnen, aber immer predigen sie von ihrem Thron. Das noch schlimmer ist, sie werden verachtet und ausgehöhelt. Was wollt Ihr mit eurem Verband? Wenn ich mir den Beitrag spare, dann weiß ich, was ich habe, wenn's Jahr herum ist. Solche oder ähnliche Redensarten sind gang und gäbe.

Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß die paar Organisierten in Betrieben von 100 oder mehr

Arbeitern, um nicht in dauernder Fehde mit den andern zu leben, es vorziehen, über Verbandsangelegenheiten überhaupt nicht mehr zu reden. Ich betone, daß das erklärlich erscheint, ob es richtig ist, ist eine andere Frage. Bei einem von den gewerkschaftlichen Bestrebungen vollständig durchdrungenen Mitgliede kann überhaupt keine Mittlosigkeit eintreten, er wird nicht eher ruhen und rasten, bis selbst die Hartnäckigsten überzeugt sind. Daß dieses möglich ist will ich an einem kleinen Beispiel beweisen. Ich hatte mir zur Aufgabe gemacht, die Arbeiter (nur weibliche) eines Betriebes zu organisieren, von denen allgemein angenommen wurde, daß sie niemals für den Verband zu gewinnen seien. In dem Ort selbst ist keine andere gewerkschaftliche Organisation, und so fehlten, da dieser Ort auch ziemlich abgelegen ist, jedwede Berührungspunkte.

Vielfach waren schon Versuche durch Hausagitation gemacht worden, aber immer erfolglos. Auch mit Versammlung wurde ein Versuch gemacht, doch wurde bei der Verteilung der Einladungszettel beobachtet, daß diese von einigen Personen sogar zerrissen und wütend zu Boden geworfen wurden. Gewiß Gründe genügend, um zu sagen: Hier ist Popfen und Malz verloren! Es kam anders. Durch unermüdbliche Hausagitation gelang es zunächst, die zugänglichsten Charaktere zu studieren und einen kleinen Kreis von Kolleginnen zu gewinnen. Dieser kleine Kreis blieb nicht ohne Einfluß auf die andern Kolleginnen und mit einem Male war die Stimmung in das Gegenteil umgeschlagen; die Kolleginnen konnten die Zeit der Versammlung gar nicht abwarten, und als dieselbe stattfand, waren 160 neue Mitglieder dem Verband gewonnen.

Besüßten wir nun in diesem Ort resp. in dem Betriebe, über geschulte Kollegen, so wäre es jedenfalls ein kleines Gewinnen, die große Mehrzahl dieser neugewonnenen Mitglieder zu erhalten, vor allen Dingen sie von der notwendigen Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zu überzeugen. Daran mangelt es aber gerade in diesen Orten. In der Regel machen denn auch noch die Werkführer ihren ganzen Einfluß geltend, um die Arbeiter vom Verband wieder abtrünnig zu machen. Das sind, in kurzen Worten ausgedrückt, wohl die Hindernisse, die sich in Gegenden mit schwacher Organisation unangenehm in den Weg legen. Einer der Haupthindernisse ist natürlich auch noch die Einwirkung der Eltern, besonders bei den jüngeren Kollegen, die bekanntlich in den ländlichen Orten selbst wenig Ahnung von den gewerkschaftlichen Bestrebungen haben. Passierte es doch erst vor kurzem, daß, als in einer Versammlung 13 Kolleginnen dem Verbands beigetreten waren, diese am anderen Morgen in aller Frühe bereits vor dem Lokal standen, wo wir übernachteten, und wieder ihren Austritt erklärten. Hier sehen wir den klaren Beweis, daß die Arbeiter selbst von der Notwendigkeit des Verbandes überzeugt waren, aber der Einfluß ihrer Angehörigen war so stark, daß sie sich bereits schon über Nacht eines andern besonnen hatten. Das sind Erscheinungen, die man in meiner Gegend des öfteren beobachten kann und welche die Ursache zu der langsamen Entwicklung bilden. Gerade aber in solchen Gegenden vorwärts zu kommen, muß in Zukunft eine unserer Hauptaufgaben sein.

Die Frage wäre ja sehr leicht zu lösen, indem man vielleicht für jede Gewerkschaft ein Zivil-Dienstpflichtgesetz einführt und befähigte Kollegen in diese Orte hinein-dirigiert, die es sich zur Lebensaufgabe machen, in diesen rückständigen Gegenden Aufklärung zu schaffen. Aber leider — oder Gott sei dank! wie man es nun will — so weit sind wir noch nicht. Es müssen eben andere Wege eingeschlagen werden, um mit dem Organisationsgedanken überall einzudringen. Besonders in den ländlichen Orten, wo fast ausschließlich weibliche Arbeiter beschäftigt sind. Die vorerwähnten Kolleginnen, welche sich bereits in ihren Betrieben ohne Erfolg die größte Mühe gegeben haben, müssen ihr Tätigkeitsfeld erweitern und in den nächstgelegenen Orten unsere Lehren verbreiten. In den ländlichen Bezirken, wo die Tabakindustrie heimisch ist, ist dieses sehr leicht möglich, denn alle halbe oder ganze Stunde entfernt trifft man Orte mit Zigarrenfabriken an. Es sind dazu gar keine großen Redetalente erforderlich; jedes Mitglied, welches von den Ideen unseres Verbandes einigermaßen durchdrungen ist, wird dazu in der Lage sein. Diese und jene Berufsfragen können erörtert werden. Wie oft stellt sich da heraus, daß in einem Ort, der vielleicht nur eine Stunde entfernt liegt, ganz andere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, als im eigenen. Und wir wollen doch in erster Linie ein einheitliches und gutes Lohnverhältnis für ganz Deutschland, oder zunächst wenigstens für abgegrenzte Bezirke. Das sind alles Anknüpfungspunkte, die den Gedankenaustausch fördern; man wird, besonders wenn man von einem anderen Ort kommt, leichter Gehör finden und durch Erinnerung neuer Mitglieder reichlicher belohnt werden als im eigenen Ort. Es heißt ja bekanntlich, daß der Prophet nicht viel im eigenen Lande gilt; daß es gerade in diesem Fall zutrifft, ist schon oft erwiesen. Die besten Erfolge sind durch diese Taktik schon oftmals erzielt worden; und wer da sagt, ich habe Sonntags keine Zeit, der hat die Verbandsinteressen nie begriffen und wird sie auch nicht begreifen. Denkt einmal daran, welche gewaltigen Opfer Euch der Krieg auferlegt hat! Welche Opfer an Gut und Blut bringen die Kollegen, welche vielleicht nun schon ein, zwei oder gar schon zweieinhalb Jahre als das Grausame des Krieges persönlich mitmachen müssen! Das Opfer, welches ihr dem Verband und dadurch natürlich auch selbst bringt bedeutet weiter nichts, als eine kleine Störung des Alltäglichen. Kann es eine schönere Aufgabe für einen aufgeklärten Arbeiter oder für eine Arbeiterin geben, als nun auch Licht in die Köpfe derer zu bringen, die ja meistens infolge mangelhafter Erziehung oder verkehrter Belehrung für ihre sonst waren Aufklärer zu sein bezug auf den Verband gar nicht veranlaßt zu werden sind.

Gerade für jene, welche all die ungünstigen Einwirkungen in solcher Gegend kennen und vielleicht selbst früher dieselben Anschauungen hatten, wie heute noch so viele, nun aber sich durchgerungen haben und jetzt ein höheres Prinzip erstreben, können von keinem andern Gedanken durchdrungen sein, als auch die Mitarbeiter davon zu überzeugen. Also ans Werk, ihr Kollegen und Kolleginnen in Mittel- und Süddeutschland! Es wird und muß gelingen!

Bekanntmachung

Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Rohtabak.

Auf Grund des § 3 Abs. 2, § 8 Abs. 1, §§ 12, 13 der Verordnung über Rohtabak vom 10. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1145) bestimme ich:

Die durch Bekanntmachung vom 27. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1200) ergänzten Ausführungsbestimmungen vom 10. Oktober 1916 zur der Verordnung über Rohtabak werden wie folgt geändert:

1. In Zeile 5 des § 18 hinter „Tabak“ einzufügen: ungarischer heller Gartentabak.
2. In Zeile 5 des § 19 ist das Wort „Ungar“ zu ergänzen durch: Ungartabak mit Ausnahme des hellen ungarischen Gartentabaks.

Berlin, den 15. Dezember 1918.

Der Reichskanzler
Im Auftrage:
Müller.

Tabakhandelsmonopol oder nicht?

In dieser Zeit, in der nichts beständiger ist als der Wechsel, jagen sich natürlich die Gerüchte über alles Mögliche und Unmögliche nur so. Unser Gewerbe kann den Umständen nach nicht davon verschont bleiben, so daß die Monopolgerüchte eine große Rolle spielen. Eine Korrespondenz, die anscheinend auch amtlich bedient wird, schreibt nun zu der Frage eines Monopols für den Roh-tabakhandel folgendes:

„In den Kreisen des deutschen Tabakgewerbes besteht vielfach die Ansicht, die Reichsregierung beabsichtige, die vorgenommene Zentralisierung des Handels mit Roh-tabak sowohl überseeischer wie heimischer Erzeugung zur Errichtung eines Monopols für den gesamten Roh-tabakhandel zu verwenden. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, besteht eine derartige Absicht nicht, es sind daher alle in dieser Beziehung in den beteiligten Kreisen gehegten Befürchtungen gegenstandslos. Die Notwendigkeit in der Errichtung der beiden Tabakhandelsgesellschaften in Bremen für den überseeischen und in Mannheim für den heimischen Tabak ergab sich aus der Entwicklung, die der Handel mit Roh-tabak während des Krieges genommen hatte. Die an sich schon außerordentliche Preissteigerung für ausländische Tabake in Holland wurde noch durch Spekulationskäufe deutscher Händler weiter getrieben, so daß für unsere gesamte Zigarrenherzeugung unhaltbare Zustände entstanden. Die getroffenen Maßnahmen haben sich, wie allgemein zugegeben wird, in jeder Beziehung bewährt. Sie müssen solange aufrecht erhalten werden, wie die Wirkungen des Krieges auf den Tabakhandel andauern. Darüber hinaus ist aber nicht beabsichtigt, den Tabakhandel zu zentralisieren, oder gar in einem Reichsmonopol zusammenzufassen. Sobald in einigen Monaten sich die Notwendigkeit herausstellt, wieder einzelne Posten überseeischen Tabak zur Einfuhr zuzulassen, wird die Tabakhandelsgesellschaft in Bremen ihre Einlässtätigkeit beginnen. Sie wird dem holländischen Tabakhandel als einzige Abnehmerin für den deutschen Markt mit erheblich größerem Gewicht gegenüber treten können, als wenn, wie früher, zahllose Händler als Käufer in Holland aufstreten und durch ihre Nachfrage die Preise wiederum in die Höhe treiben. Wann der Zeitpunkt einmal kommen wird, in dem dem Tabakhandel wieder die volle Bewegungsfreiheit eingeräumt werden kann, läßt sich einstweilen naturgemäß noch nicht übersehen. Daß aber dieser Zeitpunkt nicht sehr weit hinter dem Abschluß des Friedens liegen wird, ist wohl anzunehmen.“

75 Prozent Heereslieferungen.

Die Kriegszentrale für Heereslieferung in Minden hat ein Rundschreiben erlassen, nach welchem die Fabrikanten 75 Prozent ihrer Produktion zur Verfügung stellen müssen. Das Rundschreiben lautet:

„Es ist zur Genüge bekannt, daß der Bedarf unseres Heeres in erster Linie und unter allen Umständen fristgemäß gedeckt werden muß. Aus diesem Grunde müssen wir dringende Empfehlungen, alle Aufträge der Privatkundschaft so lange zurückzustellen, bis die von uns erhaltenen bzw. noch zu erhaltenden Aufträge restlos zur Erledigung gebracht sind. Neue Aufträge der Privatkundschaft sind nur in dem Maßstabe zu übernehmen, daß unserer Zentralstelle etwa 75 Prozent der Gesamtherstellung zur Verfügung gehalten werden müssen.“

Der Zigarrenfabrikant Edmund Bente auf dem Kriegspfade gegen die Hamburger Gauleitung.

Bekanntlich brachte die Lohnbewegung in diesem Sommer für Hamburg-Altona das Resultat, daß alle Zigarrenfabrikanten Zulagen von mindestens 20 Prozent an alle Arbeiter und Arbeiterinnen machten. Nur Herr Bente leistete hartnäckigen Widerstand. Dieser Fabrikant hatte bis zum Kriege nicht eine einzige Zigarre in Hamburg machen lassen, sondern nur in solchen Gegenden fabriziert, wo er die niedrigsten Löhne zahlen konnte. Während des

Arbeitsvertrag war er dann zu seinem Verbleiben gezwungen, auch in Hamburg arbeiten zu lassen, wo er andere Löhne wie bisher zahlen mußte. Bei der letzten Zulagebewegung zahlte B. nur im Gegensatz zu den anderen Firmen nicht allen Arbeitern und Arbeiterinnen 20 Prozent an Zulage. Schriftliche und mündliche Verhandlungen mit ihm blieben resultatlos, so daß eine Fabrikversammlung beschloß, falls er die richtigen Zulagen nicht allen Beschäftigten zahle, bei ihm aufzuhören. B. weigerte sich, so daß der Beschluß der Arbeiter ausgeführt werden sollte. Da gelang es B., besonders die weiblichen Arbeiter dadurch einzuschüchtern, daß er ihnen beim Verlassen der Arbeit Schwierigkeiten mit den Behörden in Aussicht stellte. Es hörte nur ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen auf, worauf der Gauleiter die Sachlage im „Hamburger Echo“ veröffentlichte und die Kollegenchaft ersuchte, dort nicht eher in Arbeit zu treten, bis die Angelegenheit als geregelt bekannt gegeben werde. Herr B. antwortete hierauf im „Hamburger Echo“ unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes, daß die Darstellung des Gauleiters unwahr sei und er genügend an Zulagen gewährt habe. Der Gauleiter hielt in späteren Artikeln seine Angaben aufrecht und forderte schließlich B. auf, dessen Behauptung, daß er jetzt die richtige Zulage allgemein zahle und auch Nachzahlungen geleistet habe, dadurch zu beweisen, daß er Einsicht in die Lohnbücher nehmen lasse. Dies tat B. nicht, sondern lief zum R. d. l. Er krenzte Privatklage wegen Verleumdung an behauptete in seiner Anklageschrift daß er durch die Artikel des Gauleiters nicht nur beleidigt sei und in seinem Ansehen und seinem Kredit geschädigt werde, sondern daß die Artikel auch den Zweck verfolgten, seine zufriedenen Arbeiter gegen ihn aufzureizen. Der Gauleiter antwortete durch eine Gegenschrift, worauf das Amtsgericht Hamburg, Schöffengericht 3, sich mit der Sache befakte.

Unterm 28. November ging den Parteien dann folgender Beschluß zu:

„In der Privatklagesache Bente gegen Pachtberg beschließt das Amtsgericht in Hamburg, Schöffengericht 3, durch den Amtsrichter Dr. Islar:

Die Privatklage wird zurückgewiesen. Der Privatkläger trägt die Kosten.

Gründe:
Es mag dahingestellt sein, ob die über den Privatkläger verbreiteten Behauptungen wahr oder unwahr sind, jedenfalls handelt es sich nicht um solche, die geeignet sind, ihn verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Er kann Löhne zahlen, wie er will. Eine Herabsetzung in der öffentlichen Meinung würde nur dann in Frage kommen, wenn behauptet würde, daß er zu geringe Löhne, sogenannte „Hungertlöhne“ zahle. Das ist aber nicht von ihm behauptet, sondern nur, daß er geringere Löhne zahle, als andere. Eine Verleumdung liegt somit nicht vor.

Also mit dem Gang zum R. d. l. war's nichts. Dumme Sache für Herrn B.! Triumphierend hatte er seinen treugebliebenen Arbeitern gegenüber verkündet, daß der Gauleiter für seine Mißtat eine exemplarische Strafe erhalten werde — und nun dieser Reinfall! Hoffentlich zieht aber Herr B. aus diesem Mißgeschick eine Lehre für die Zukunft und folgt dem Beispiele anderer Fabriken, die es vorziehen, entstehende Differenzen durch gütliche Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaft auszugleichen.

Bewilligte Lohn- und Steuerzulagen in der Tabakindustrie

Wichte (Prov. Hannover) Der Zigarrenfabrikant Wilh. Wichmann hat sich nunmehr auch der Lohnvereinbarung angeschlossen, die die Gauleitung Hamburg mit den Firmen des Sülzinger Bezirks abschloß und durch welche die Löhne um 20 bis 25 Prozent erhöht wurden. Der Mindestlohn beträgt demnach auch bei dieser Firma 10,50 M für gerade und 11 M für halbschräge Fassonskremen. Die Firma Aug. Hammerlag (Dormelingen) bewilligte zu den 25 Prozent Lohnzuschlag noch auf zwei Sorten je 50 & pro Wille.

Kollektivvertrag für die schwedischen Zigarettenarbeiter.

Zwischen dem Tabakarbeiter-Verband und der Monopolsellschaft ist in diesen Tagen ein Kollektivvertrag für die in den Zigarettenfabriken beschäftigten Arbeiter geschlossen worden. Laut dieser Vereinbarung erhalten weibliche Arbeiter, die das 22. Lebensjahr erreicht haben, einen Mindestlohn von 40 Ders (45 S) pro Stunde. Besonders qualifizierte Arbeiterinnen erhalten 35 Ders. Für jüngere Mädchen sind die Löhne nicht festgelegt. Der für die männlichen Arbeiter bestimmte Mindestlohn beträgt für die Stunde 50 Ders, besonders qualifizierte 55 Ders.

Bei Akkordarbeit ist der Grundlohn 35 Ders pro Stunde, nebst einer Prämie, die beim Zigarettenmachen (Kopfen) eintritt, wenn mehr als 5000 Stück pro Stunde angefertigt werden. Der Rekord in Arbeitsintensität ist 6400 Stück pro Stunde. Mehrliche Akkordsysteme gelten ebenfalls für die Arbeiter bei den Hilfsmaschinen. Die bei der Packung der Kästchen bezahlten Akkordpreise betragen für die Mehrzahl der Arbeiter zirka 50 Ders pro Stunde.

Die Arbeitszeit ist im Tarif auf 57 Stunden pro Woche festgelegt. Aber durch Verzehrung im Protokoll ist bestimmt worden, daß die ordentliche faktische Arbeitszeit in der Regel 54 Stunden betragen soll. Es werden aber keine Ueberstundenprozente bezahlt, bevor nicht 57 Arbeitsstunden in der Woche geleistet sind. Die folgenden Ueberstunden werden mit 50 Prozent Erhöhung für die zwei ersten und mit 100 Prozent für die weiteren bezahlt. Eine gegenseitige vierzehntägige Kündigungszeit

ist eingeführt worden. Von den übrigen Bestimmungen ist zu bemerken, daß Arbeiter über 18 Jahre Sonnabends Zigaretten für den eigenen Gebrauch erhalten, und zwar männliche 100 Stück und weibliche 25 Stück. Dieser Tarif gilt bis Ende 1918.

Die Gewerkschaften zum Hilfsdienstgesetz.

Von der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Durchführung des Gesetzes über den „Kriegsdienstlichen Hilfsdienst“ wird es wesentlich abhängen, daß die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter die notwendige Berücksichtigung erfahren. Da das Gesetz in Arbeiterkreisen vielfach Anzweiflung erregt hat, die aber auch zum nicht geringen Teil in der Unkenntnis des Gesetzes selbst begründet liegt, so erwuchs den Gewerkschaften die Pflicht, zunächst wenigstens ihre Funktionäre über die Auslegung und Durchführung des Gesetzes zu informieren. Die Generalkommission hat deshalb in aller Eile eine kleine Broschüre über das Hilfsdienstgesetz, mit kurzem Kommentar und einem Anhang der gesetzlichen Bestimmungen über die Rüstungsindustrie in England und Frankreich herausgegeben. Dem Zwecke der Information über das Gesetz diene aber auch insbesondere eine Konferenz, die am Dienstag, dem 12. Dezember, in Berlin tagte und die von Vertretern der freien, der christlichen, der kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften, der polnischen Berufsvereinigungen und verschiedener Angestelltenverbände besucht war. Hier wurden die Funktionäre der Gewerkschaften mit dem Gesetz näher vertraut gemacht. Sie übernahmen dabei zu gleicher Zeit die Pflicht, die genaue Kenntnis des Gesetzes und seine Auslegung in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiter zu verbreiten.

Das Gesetz beschränkt unabweislich die Freiheit des Arbeiters. Es sind aber auch in ihm Bestimmungen enthalten, wonach diese Beschränkung durch die Vertreter der Organisationen nicht allein gemildert werden, sondern es ist in ihm ein neues Recht enthalten, das die Arbeiter bei geschickter Handhabung für sich in Anspruch nehmen können. Nicht allein die Schattenseiten des Gesetzes, sondern auch die in ihm liegenden Vorteile klarzulegen, war die Aufgabe eines Referats, das der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften G. Bauer hielt. Auch er gab der Ansicht Ausdruck, daß das Gesetz ein Zwangs Gesetz für die Arbeiter sei. Dieser Zwang sei aber durch die Kriegslage bedingt, er sei eine notwendige Kriegsmaßnahme, wobei auch nicht zu vergessen sei, daß auch die Unternehmer unter diesem Zwang zu leiden haben und zwar insofern, als viele gezwungen werden, ihre Betriebe gänzlich zu schließen. Bauer hob dann insbesondere hervor, daß es dem Arbeiter auch unter dem neuen Gesetz möglich ist, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Arbeiter kann die Arbeitsstelle wechseln, wenn ihm höherer Lohn geboten wird. Wenn durch das Gesetz verboten ist, daß bei „angemessenem“ Lohn die Arbeitsstelle gewechselt wird, so ist damit ausgedrückt, daß nicht wegen mehrmaliger Lohnzuschläge ein Niederlegen der Arbeit zulässig sein soll. Im Streitfall hierüber, was angemessener Lohn ist, entscheidet ein Ausschuss, der für jeden Bezirk in den stellvertretenden Generalkommandos errichtet wird und zu dem auch die Arbeiter Vertreter entsenden, wenn denn überhaupt mit der Einsetzung der Sachverständigen die Beweise geschaffen ist, daß der Arbeiter nicht der Willkür des Arbeitnehmers ausgeliefert ist. Die Bestimmung, daß die Freizügigkeit der Arbeiter durch das Gesetz völlig aufgehoben wird, ist nicht zutreffend. Die Freizügigkeit ist jetzt schon in einigen Bezirken sehr beschränkt, so in Sachsen und Bayern. Auch in einigen Munitionsfabriken ist der Abfahrtschein bereits eingeführt; dem Arbeiter, der unberechtigterweise die Arbeit einstellt, wird die Freizügigkeit verweigert. In der Berliner Metallindustrie ist seit längerer Zeit schon ein Kriegsausbruch eingeführt, der paritätisch aus Arbeitnehmern und Arbeitern besteht und der Beschwerden wegen Verletzung des Abfahrtscheins prüft und darüber entscheidet. Diese Einrichtung ist ohne Zustimmung der Behörden zwischen den Parteien frei geschaffen. Mit Inkrafttreten des Gesetzes aber ist zu erwarten, daß diese Sonderbestimmungen, die in einigen Bezirken sehr zum Nachteil der Arbeiter bestehen, aufgehoben werden. Sehr wichtig ist ferner, daß das Gesetz mit der Zwangslage der geklämerten Arbeiter auftritt. Der Unternehmer kann den Reklamierten, wenn er mit der Entlohnung nicht zufrieden ist, nicht mehr mit dem Schicksal drohen, um ihn so zu zwingen, für niedrigen Lohn zu arbeiten. Diese Einschüchterung hört auf. Auch der Reklamierter kann die Entscheidung der Schlichtungskommission zur Ausstellung eines Abfahrtscheins anrufen. Selbst der Streik ist unter dem neuen Gesetz nicht durchzuführen. Weigert sich der Unternehmer, angemessene Löhne zu zahlen, so können die Arbeiter die Entscheidung der paritätisch zusammengesetzten Schlichtungskommission anrufen. Entschieden diese zugunsten der Arbeiter, so können sie die Arbeit einstellen. Der Unternehmer wird sich in solchen Fällen bei dem jetzt bestehenden Mangel an männlichen Arbeitskräften schwer hüten, es dazu kommen zu lassen. Von Bedeutung ist ferner, daß gewerbliche Arbeiter, die in der Landwirtschaft Beschäftigung finden, nicht der Geiselsordnung unterliegen. Damit ist, da das Gesetz vom Reichstag angenommen wurde — wie Bauer mit Recht sagte — gewissermaßen zum Ausdruck gebracht, daß das Bestehen der Befehlsordnung auch für ländlichen Arbeiter ein unwürdiger Rechtszustand ist, und hoffentlich ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem diese unzeitgemäßen Befehlsordnungen überhaupt verschwinden. Weiter ist das Gesetz, die dem Hilfsdienstgesetz unterliegen, aber auch das Vereins- und Versammlungsrecht gewährleistet. In einzelnen Generalkommandos war durch besondere Maßnahmen die Koalitionsfreiheit aufgehoben. In Zukunft steht zu erwarten, daß, wo solche Bestimmungen bestehen, diese aufgehoben und neu nicht mehr erlassen werden.

Bei der Durchführung des Gesetzes wird es also, um die Interessen der Arbeiter zu wahren, wesentlich davon abhängen, wie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Vertretung in den Schlichtungsinstanzen bestimmen. Den Gewerkschaften steht das Recht zu, für die Schlichtungsinstanzen ihre Vertreter vorzuschlagen, die vom Kriegsarbeitsamt bestätigt werden. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Vorschläge auch vom Kriegsarbeitsamt bestätigt werden. Eine Gewähr dafür, daß auch in der obersten Instanz die Rechte der Arbeiter gewahrt werden, bietet die Berufung des Zentralvorstehenden des Metallarbeiterverbandes, A. Schilde, als Vertreter der Arbeiter in das Kriegsarbeitsamt.

So konnte Bauer mit Recht sagen, daß die Gewerkschaft mit den bestehenden Mitteln an das Gesetz herantreten. Wenn er auf dieser Konferenz auch zugleich die große Friedensliebe der Arbeiter betonte, andererseits aber auch betonte, daß auch die deutschen Arbeiter bereit wären, jede Muskel und jeden Nerv anzuspinnen, um die Niederwerfung Deutschlands zu verhindern, doch ferner zu dieser Aufgabe aber auch eine vernünftige Ernährungsprobleme der Regierung gehöre, so sprach er den Bestimmen aus dem Herzen, was der Beifall am Schluß seines Referats bewies.

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Reichsverband abgeordneter Brethren, erläuterte die organisatorischen Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes. In den für den Bezirk eines jeden Generalkommandos bestimmten Schlichtungskommissionen soll ein Vertrauensmann von jeder Gewerkschaft eingesetzt werden, in denen die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen sich über die Anstellung eines gemeinsamen Kandidaten schlüssig werden. Die Wahl und Befugnis der Arbeiterausschüsse steht insbesondere den Arbeitern der einzelnen Betriebe ob, die dafür Sorge tragen müssen, daß Vertreter ihrer Meinungen und ihrer Interessen mit diesem Amt betraut werden.

Hartmann von den kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften und Kiewer von der polnischen Berufsvereinigungen konnten sich ebenfalls für die Mitwirkung ihrer Gewerkschaftsmitglieder bei der Durchführung des Gesetzes aus. Der Vertreter der Hilfsdienstgesetz für ein einheitliches Arbeitsrecht, Aufhäuser, betont, daß auch die deutschen Arbeiter ihre Interessen auf den Boden des Gesetzes setzen können. Wenn es notwendig ist, unseren Soldaten brauchen die Lage zu erleichtern, so dürfen uns keine Opfer zu groß sein. Er

betont den Gewerkschaften, daß diese es ermöglichen haben; den Angehörigen die Mitbestimmungsrechte bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen zu sichern. Jetzt liegt es an den Angestellten, auf dem Gesetz das zu machen, was sie machen können, und wirkliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Er hofft, daß auch durch die Ausführenden Bestimmungen den Interessen der Angestellten Rechnung getragen werde. Die Behörden möchten auch auf die besonderen Verhältnisse der älteren Angestellten Rücksicht nehmen.

Dr. Hüfner von der Arbeitgemeinschaft, als laienmännlicher Beiräte hofft von der Solidarität, die sich auf diesem Kongress gezeigt habe, auch für den Frieden günstige Ergebnisse. Er schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Aufhäusers an. Schon jetzt habe sich ein Strom von Leuten zu den Bureaus ergossen — selbstverständlich aus wohlverstandenen nationalen Interessen. (Heiterkeit.) Wenn zu prüfen ist, welche Leute im Betriebe notwendig sind, dann muß Rücksicht genommen werden auf jene, die bisher schon im Berufe tätig waren. Viele Unternehmer würden vielleicht unter der Wirkung des Gesetzes versuchen, sich von den sozialen Lasten zu befreien, die ihnen die Unterstützung der Eingezogenen auferlegt habe. Das wäre ein schwerer Schlag für die Angestellten, und deshalb sei es dringend notwendig, daß in den Ausschüssen die Interessen der Angestellten auch gewahrt würden.

Dr. Höfle, Vertreter der technischen Verbände, schließt sich auch den Ausführungen der Vorredner an und betont, daß in den besonderen Wünschen der Angestellten sich nicht ein Standbündel geltend mache; sie seien vielmehr nur ein Ausfluß der besonderen Verhältnisse der Angestellten. — Das Bureau schlägt dann dem Kongress eine gemeinsame Entschickung vor, deren wesentlichen Inhalt dahingehet, daß die Versammlungen ohne Unterschied sich an der Durchführung des Gesetzes beteiligen und mitarbeiten wollen. Alle Kraft solle in den Dienst der Landesverteidigung gestellt werden. Weitergehende Forderungen und Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen aber nicht unterbunden werden. Auch die Sicherung des Koalitionsrechtes dürfe nicht beeinträchtigt werden. Im weiteren wird eine wirksame Lebensmittelverteilung gefordert.

Die Bekanntgabe des Ergebnisses der Reichstagskammer am Mittag löste eine sehr lebhaften Beifall aus. — In der Diskussion sprach nach Gleichauf von dem kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften besonders wirkungsvoll Bauer, der Vorsitzende des Verbandes der Fabrikarbeiter. Ihm schlossen sich noch an Schuchmacher von den kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften, arbeiterverband, Vogelung vom christlichen Bergarbeiterverband, Hübsch vom Metallarbeiterverband der freien Gewerkschaften, Wieber vom christlichen Metallarbeiterverband, Que vom Bergarbeiterverband, Paepow vom Bauarbeiterverband der freien Gewerkschaften, Zimmer vom kirchlich-Demokratischen Arbeiterverband, Schmidt vom Landarbeiterverband der freien Gewerkschaften, Wiedeberg vom christlichen Bauarbeiterverband, Richter vom Lederarbeiterverband und Döbkin vom Buchdruckerverband. — Die Diskussion endete mit dem Wunsch der speziellen Berufsangehörigen vor. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Verträge.

Die vom Bureau eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Konferenz wohnten auf Einladung Vertreter der Staatsbehörden bei und zwar als Vertreter des Reichsanwaltes Staatssekretär Helfferich, außerdem der Chef des Kriegsamts, General Grenier, Unterstaatssekretär Richter, der Direktor des Reichsamts des Innern, Excellenz Caspar, und andere. Nach einer Einleitungsrede des Vorsitzenden Legten hielt Staatssekretär Helfferich, nach ihm Grenier eine Ansprache an die Konferenzmitglieder. Soffen wir, daß die Befreiung Helfferichs, daß nicht der Zwang sondern nur die Freiheit der Pflichterfüllung das höchste leisten und der großen Zeit Beistand tun kann, in Erfüllung gehen möge. Und die dafür notwendige Mitwirkung aller Volksteile namentlich die Mitwirkung der Organisationen der Arbeiter und Angestellten und die Sachkenntnis und praktische Erfahrung ihrer Organisationen, deren die Reichsregierung nach Helfferichs Ausdruck zur Durchführung des Gesetzes bedarf, wird dann um so freudiger vorhanden sein, wenn die Auslegung des Gesetzes wirklich in dem Geiste erfolgt, den die Konferenz im Interesse der Arbeiter für notwendig hält. Und wenn bei der Durchführung des Gesetzes jeht alle Gewerkschaftsrichtungen und auch die anderen Berufsständischen mitwirken, so ist damit durchaus nicht gesagt, daß was auch Staatssekretär Helfferich als Utopie bezeichnete wirtschaftliche Interessenkämpfe künftig ausbleiben könnten oder stillen.

Nach Schluß der Diskussion ergriff der neu in das Kriegsamts berufene Vertreter der Arbeiter, Max Bauer Schilde, das Wort. Es sei ihm schwer geworden, der Berufung zu folgen. Er habe sich nicht darüber im Zweifel befunden, daß er des Vertrauens aller Arbeiter für dieses verantwortungsvolle Amt bedürfe. Das Ergebnis der Tagung habe ihm indessen gezeigt, daß er mit Recht die auf ihn gefallene Wahl angenommen habe. Er werde sich bemühen das im Kriegsamts an ihm was er dort sein sollte; der Vertrauensmann der deutschen Arbeiter.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Stegerwald, der hinwies auf die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Tages, zumal im Hinblick auf das Friedensangebot Deutschlands, und zum andern auch auf die Tagung selbst die eine Stimmigkeit in allen Schichten der Arbeiter gezeigt habe, die man vor dem Kriege kaum für möglich gehalten habe, und nach einem Hoch auf das Vaterland und die an der Front kämpfenden Soldaten wurde der Kongress geschlossen.

Verbandsrat.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge. A. = Annoncen.
9. Dezember: Jüterbog B. 200.—, 10. Klein-Krozigburg B. 300.—, 11. Adm. B. 200.—, Ruchelsgern B. 100.—, Lemgo B. 150.—, Dresden B. 1000.—, A. 370.—, Schmöln B. 200.—, Görlitz B. 200.—, Rogwein B. 100.—, Loitz B. 100.—, Finsterwalde B. 40.—, 12. Einigloh B. 150.—, Sreigau B. 200.—, Döbeln B. 800.—, Lemgo B. 400.—, 13. Spenge B. 200.—, Bötzje B. 100.—, 14. Schwern a. W. B. 160.—, Baugen B. 100.—, Verburg B. 200.—.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder umgehend einzuziehen.

Bremen, den 18. Dezember 1916. W. Nieber-Welland.

Bezirkskonferenz

für Gießen und Umgebung am 2. Weihnachtstag, nachm. 2 Uhr, im General-Haus, Tagesordnung: 1. Das Hilfsdienstgesetz, Ref.: Franz Schnell. 2. Agitation. 3. Verschiedenes. Es laden ein Die Bevollmächtigten.

Bezirkskonferenz

für Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau und Umgebung am Sonntag, dem 31. Dezember, nachm. 2 Uhr, in Altem-Stelldamm, „Zur Stadt Leipzig“, Wilhelmstr. 10. Tagesordnung: 1. Das Hilfsdienstgesetz, Ref.: Franz Schnell. 2. Agitation. 3. Verschiedenes. Es laden ein Die Gauleitung.

Gau Herford. Versammlungen

statt in
Lager: Mittwoch, 27. Dezember, abends 8 Uhr;
Lager: Sonnabend, 30. Dezember, abends 8 Uhr;

Stunde: Sonntag, 31. Dezember, nachm. 8 Uhr;
Abende: Sonntag, 31. Dezember, abends 8 Uhr;
Saenge: Montag, 1. Januar, nachm. 8 Uhr;
Schneefest: Dienstag, 2. Januar, abends 8 Uhr;
Belohnungen: Donnerstag, 4. Januar, abends 8 Uhr;
Schneefest: Sonnabend, 6. Januar, abends 8 Uhr;
Neujahr: Sonntag, 7. Januar, nachm. 8 Uhr.

Tagesordnung:

Das Geseß über den vaterländischen Hilfsdienst und wie kommt dasselbe zur Ausführung.
 Die Kollegen wollen überall für guten Besuch der Versammlungen sorgen!

Adressen-Veränderungen.

Spanien (12). Alle Zuschriften sind an den 1. Vv. Alb. Schmidt, Meißnerstr. 12, Seitenflügel, III, zu senden.
Wärzburg (5). Alle Zuschriften sind nunmehr an Heinz. Gräf, Büttnerstraße 74, III, zu richten.
Magdeburg (2). Der 2. Vv. Carl Daus wohnt jetzt Weinbergstraße 37, II. Dasselbst wird die Unterstützung nur Sonntags von 6 bis 8 Uhr abends und Sonntags von 11 bis 1 Uhr ausgeführt.
Baselwest (12). 1. Vv. Aug. Dräger, Schulstr. 2.
Welsch (9). Alle Zuschriften sind an Herm. Ruffsch, Teichgasse 20, zu senden.
Gr.-Steinheim (5). Alle Zuschriften sind an den 2. Vv. Eugen Döfner, Vorstadt, 48, zu senden.

Gestorben:

An seiner Verwundung starb am 5. Dezember der Zigarrenarbeiter Alfred Weber aus Dresden, 26 Jahre alt (Bahlstelle Seiffhennersdorf).
 Der in Nr. 47 des F.-V. als gefallen gemeldete Zigarrenarbeiter Hans Wügel aus Würzburg ist nicht tot, sondern befindet sich in russischer Gefangenschaft.
 Am 10. Dezember starb zu Partha die Zigarrenarbeiterin Marie Mehle aus Partha.
 Am 11. Dezember starb zu Böhndorf der Zigarrenarbeiter Hermann Wilson aus Böhndorf, 30 Jahre alt.
 Am 14. Dezember starb zu Wroßhain der Zigarrenarbeiter Hermann Hofmann aus Leipzig, 66 Jahre alt.
 Am 16. Dezember starb zu Schwege der Zigarrenarbeiter Ludwig Müller aus Schwege, 61 Jahre alt.
 Zu Bremen starb der Sortierer Petrusch Hoffmeister, 69 Jahre alt.
 Zu Redarhausen starb die Zigarrenarbeiterin Katharina Wänke aus Redarhausen, 68 Jahre alt (Bahlstelle Mannheim).
 Zu Groß-Steinheim starb der Zigarrenarbeiter Jakob Daus aus Froßhansen, 62 Jahre alt. Kollege Daus war langjähriger 1. Bevollmächtigter der Bahlstelle Groß-Steinheim.
 Zu Nidersieben starb der Zigarrenarbeiter Emil Schneider aus Nidersieben, 40 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!



Eckstein
Zigaretten
 Einzig in Qualität
Trusffrei
 AMEOSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Amerikanische u. deutsche Tabake
Grosses Lager
Preiswerte Angebote

Größtes Wickelformenlager Deutschlands
JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER
L. COHN & CO.
 BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.
Verlangen Sie sofort kostenlos
 Unsere Haupt-Preislisten-Modellbogen-Zigarrenband-Zigarrenring-Papier-Tragenth-Muster etc.

Soeben neu erschienen
Modellbogen 212
für Zigarren-Wickelformen

Carl Roland
 Berlin SO 26
 Kottbuserstrasse 4.

Java-Einlage, meist Umblatt pr. Pfd. 4.70 M
Vorstanlands-Umblatt, 3. Gg., leichtblättrig, pr. Pfd. 5.40 M
Vorstanlands-Umblatt, 2. Gg., leichtblättrig, pr. Pfd. 5.50 M
Java-Umblatt, 3. Gg., federleicht pr. Pfd. 5.50 M
Java-Umblatt, 2. Gg., federleicht pr. Pfd. 5.50 M
Java-Umblatt, 2. Gg., leichtblättrig pr. Pfd. 6.— M
Vorstanlands-Decke, 2. Gg. dunkel pr. Pfd. 6.50 M
Java-Decke, Boxeeki G. B. M. 1. Gg., hell, pr. Pfd. 8.— M
Sumatra-Decke, 2. Gg., hell pr. Pfd. 6.20 M
Carmen-Umblatt, 1. Gg., Pa Pa pr. Pfd. 6.20 M
Brasil-Umblatt (Matas), 1a pr. Pfd. 6.30 M
Havanna, sehr leichtblättrig, groß pr. Pfd. 6.30 M

ROHTABAK
Solange der Vorrat reicht offeriere ich:

Sumatra-Decker, Vollblatt 575, 600, 625, 650, 700 bis 900 M
Vorstanlands-Decker, ganz dunkel, Brasil-Ersatz 550 M
Havanna-Decker, 1000 M
Mexiko-Decker, dunkel, Brasil-Ersatz 450 M
Kamerun-Decker, dunkel 600 M
Sumatra-Umbl., 520, 575, 600 M
Vorstanlands-Umbl., 550 M
Java-Umbl., schöne Qualität 500, 550 M
Java-Umbl., ganz leicht und ergiebig 560 M
Carmen-Umbl., leicht u. trocken 450 M

Brasil-Decker, tadelloser Brand 625, 650 M
Brasil-Einl., 430, 450, 480 M
Carmen-Einl., leicht u. trocken, 400 M
Java-Einl., schöne Qualität, 400 M
Java-Aufarbeiter, 450
Havanna-Einl., lose Blätt. leicht 425 M
Havanna-Einl. Molotten 475, 500 M
Mexiko-Einl., 350 M
Holl. Bestgut-Einl., 330 M
Domingo, l. Bl. Umbl. u. Einl. 375 M
Gen. Einl. Original-Tabake 330 M

Preise p. Pf. verzollt incl. Wertzoll. Versand nur gegen Nachnahme.
FRIEDR. MESTER
 Bremen. Am Brill 7.

LEON WEIL, SPEYER A. RH.
 Gegr. 1852 **ROH-TABAKE** Fernruf 149

Zum Rohlabakbezug ab 1. Dezember 1916 ist M. gesetzlicher Vorschrift **entweder Dauerbezugschein** (auf den Rohlabaklieferanten ausgestellt) **oder Bezugschein** für die verlangte, einzelne Sendung einzuholen und mit dem Auftrage einzusenden.

Rippen werden
Jederzeit zum Höchstpreise entgegen genommen.

Druckfachen
 aller Art, in moderner Ausführung für Private u. Vereine liefert billigst

J. H. Schmalfeldt & Co. Bremen

Empfehle den w. Kollegen als beßer Fettersatz große vollhaltige **Bouillon-Würfel** zu Suppen, Soßen und Gemüsefett, in Dosen a 100 Stück 3.20 M bei 5 Dosen portofreie Zusendung August Weyer, Lippstadt i. W. Brüderstraße 24

Wichtig! Rohlabak!
Hengfloss & Maak
 Altona - Ottensen

Zentral-Arbeits- u. Eierbes-laffe der Tabakarbeiter Deutschlands in Hamburg. Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5. Aufsichtsrat: O. Sydow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.
 Bilanz für das 3. Quartal 1916 Bestand vom 30. Juni 180207.55 Einnahme 24598.30 204796.85 Ausgabe 19970.27 Bestand am 30. Sept. 184926.58
 Hamburg, 17. Dezember 1916.
 P. Otto.

NEUE BEZUGS-VORSCHRIFTEN!
 Vom 1. Dezember ab darf auch verzollter Tabak (sogenannter Kleinmengen-Verkehr) nur noch gegen Bezugsschein abgegeben werden.
 Wer seinen ganzen Bedarf ausschliesslich verzollt einkauft, muss bei der Deutschen Tabakhandels-Gesellschaft von 1916 in Bremen **einen Dauer-Bezugschein** unter Beifügung von Mk. 1.50 beantragen und darf dann, wenn er diesen Dauerbezugschein seinem Tabaklieferanten eingeschickt hat, ohne Umstände weiterbeziehen.
 Es ist gestattet, 2 Bezugsfirmen aufzugeben, von denen gleichzeitig bezogen werden darf, und zwar kann die zweite Firma auch noch nachträglich beantragt werden. Ferner kann auf Antrag bei der Gesellschaft die Bezugsfirma auch gewechselt werden.

Besonders preiswerte Angebote aus dem neuen Katalog:

Java-Einlagen	Java-Aufarbeiter	Präparierte Rippen als Zigarreneinlage
Kedirie	Bezoeki	
3.80	3.90	4.50
Uebers. Losblatt	Brasil	Manilla
3.70	4.50	4.10
		Sumatra-Aufarbeiter
		5.—

Ich gewähre wieder 3 Proz. Kassaskonto

Heinrich Franck, Berlin N 54
 Kottbuckendamm
 Brunnenstrasse 22
 Utensilien für Zigarrenfabriken

Ca. 17000
Wickel-Formen
 gebraucht, gut erhalten, alle erdenklichen Fassons
soeben eingetroffen
 Fordern Sie Musterbogen!